Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres (Drs. 5/3175)

zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Siebtes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes (Drs. 5/1442)

Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete

Der Landtag möge beschließen:

Mit der gesetzlichen Festlegung einer namentlichen Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete beschreitet das Land Brandenburg Neuland.

Der Innenminister wird deshalb gebeten,

an der Erarbeitung der Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung der Kennzeichnungspflicht neben dem Hauptpersonalrat der Polizei in geeigneter Weise auch die Gewerkschaft der Polizei, die Deutsche Polizeigewerkschaft und den Bund Deutscher Kriminalbeamter zu beteiligen und

zwei Jahre nach der Einführung der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht einen Bericht über die Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit dieser neuen Regelung vorzulegen.

Begründung:

Mit der Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht verbindet sich die Erwartung einer größeren Transparenz und Bürgernähe der Polizeiarbeit. Brandenburg schafft damit als erstes Land der Bundesrepublik Voraussetzungen, die in den meisten europäischen Staaten schon gegeben sind. Um zu sichern, dass die von den Interessenvertretungen der Polizei geäußerten Befürchtungen zu einer möglichen Gefährdung von Polizeibediensteten entsprechend berücksichtigt werden, sollte auch den Gewerkschaften Gelegenheit gegeben werden, an der Erarbeitung der Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung der Kennzeichnungspflicht mitzuwirken. Zugleich sollte der Prozess der Einführung der Kennzeichnungspflicht aufmerksam begleitet werden und die dabei gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse in einem Bericht an den Landtag dargelegt werden.

Für die SPD-Fraktion

Ralf Holzschuher
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion DIE LINKE

Kerstin Kaiser
Fraktionsvorsitzende

Datum des Eingangs: 18.05.2011 / Ausgegeben: 18.05.2011